

Frühjahrsveranstaltung am 11. Februar 2006 in der PH Ludwigsburg  
des Arbeitskreises der Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg (AK GEB BW)  
zum Thema

## EIN JAHR BILDUNGSREFORM WAS HAT SICH TATSÄCHLICH VERBESSERT?

Hier: **Protokoll des Impulsreferates** von Kultusminister HELMUT RAU - CDU zum Tagungsthema sowie der anschließenden **Podiumsdiskussion** mit dem Referenten und Vertretern der Landtagsfraktionen,

WINFRIED KRETSCHMANN - Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen

DR. ULRICH NOLL - Fraktionsvorsitzender FDP/DVP

NORBERT ZELLER - Bildungspolitischer Sprecher SPD

moderiert durch den Journalisten STEFAN FLAIG

Protokoll: Dr. Gunfried Geiger

### Referat Helmut Rau - Kultusminister - CDU: Beginn 10:05

Vor etwa anderthalb Jahren gab es einen 'Stichtag der Bildungsreform' - die Einführung der Bildungspläne 2004. Die Bildungspläne waren in einer Probephase gemeinsam mit den Schulen entwickelt worden. In den Bildungsplänen wurde komplett auf Bildungsstandards umgestellt, während andere Bundesländer noch auf die Ergebnisse der PISA-Studie reagieren. Neu ist vor allem, dass nun Inhalte und Kompetenzen verknüpft werden, es geht nicht mehr um das, 'was der Lehrer lehrt'. Die Einführung des Schulcurriculums schafft größere Freiräume für die Pädagogik und stellt die Schule in eine größere Verantwortung. Schulen brauchen jetzt nicht 'Ruhe', sondern 'Zeit' zur Umsetzung der Bildungspläne.

Die nächste Aufgabe der Bildungsreform besteht in der vorschulischen Bildung. In die Entwicklung des Orientierungsplanes für Kindergärten flossen viele Aspekte ein, u.a. auch solche der Neurobiologie (Prof. Dr. Spitzer). Es wird der Freude der Kinder an frühem Lernen Rechnung getragen; Kinder brauchen zur Befriedigung ihrer Neugier stets die Möglichkeit, Neues zu lernen; dies dient erwiesenermaßen der Entwicklung der Hirnstruktur. Doch bei all dem: der Kindergarten soll *nicht* verschult werden! Der Orientierungsplan wird drei Jahre lang unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden. Insbesondere die Zusammenarbeit Kindergarten / Grundschule soll dabei in ihrer Effektivität im Focus stehen. Wichtig ist: es wird *vom Kind her gedacht*, der Übergang vom Kindergarten auf die Grundschule muss eine *Brücke* sein / werden. Angestrebt wird ein Gesamt-Bildungskonzept für das frühe Lernen.

Das achtjährige Gymnasium (G8) wurde inzwischen flächendeckend eingeführt, die ersten Schüler sind nun in der sechsten Klasse. Kultusminister Helmut Rau nimmt die Sorgen der Eltern sehr ernst und will das G8 nicht 'durchpeitschen'. Es gibt eine ganze Reihe von problemlos laufenden Schulen; Schulen, die Vorarbeit geleistet hatten.

Eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) steht nicht zur Debatte, wohl aber eine Überarbeitung der Kontingenzstundentafel incl. der zwölf Pool-Stunden. Letztere stehen für eine Entwicklung weg vom Fachunterricht hin zu einem Gesamtkonzept. In den 265 bis zum Abitur vorgeschriebenen Stunden soll in Zukunft die Oberstufe mehr

Gewicht erhalten: nicht wie von der Kultusministerkonferenz vorgegeben sollen die Kursstufen mit 30, sondern mit (realistischen) 34 Wochenstunden angesetzt werden; dies führt zu einer stundenmäßigen Entlastung der Eingangsklassen.

Wenn 5. und 6. Klassen an mehr als zwei Nachmittagen Unterricht haben, sollte die Schulkonferenz darüber beraten, ob es andere Möglichkeiten gibt.

Es soll *nicht* der Stoff des G9 in nun acht Jahren unterrichtet werden!

Es soll eine neue Lernkultur herrschen, eine des Selbst-Lernens, sowie eine neue Schulkultur, eine der eigenständigeren Schule.

Die Beruflichen Gymnasien werden am G9 festhalten.

Kultusverwaltung und Eltern sollen gemeinsam gelungene G8-Konzeptionen bekannt machen.

Über den Beginn der zweiten Fremdsprache in der 5. Klasse wird nach Modellversuchen im Spätherbst 2006 entschieden werden. Im Schuljahr 2007/8 werden erstmals flächendeckend alle Kinder mit Grundschul-Fremdsprache an die Gymnasien kommen.

Die Ganztageschulen (GTS) werden flächendeckend bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das kann auch eine Hilfe bei der Entscheidung für Kinder sein; doch kann die GTS nicht ein Allheilmittel für alle Schulprobleme sein.

Mit den Kommunen wurde eine Lösung gefunden, es wird ein Programm über eine Milliarde Euro aufgelegt. Das pädagogische Konzept der GTS sieht eine Rhythmisierung des Schultages vor mit einer Neueinteilung, *nicht* eine Verlängerung des Vormittagsunterrichtes in den Nachmittag. Verknüpft mit der Einführung der GTS ist eine Öffnung der Schule nach außen. Auch der Jugendbegleiter wird kommen, nicht jedoch den Unterricht ersetzend, nur als zusätzliches Angebot. Die GTS braucht mehr Pädagogik, und dies wird vom Kultusministerium geleistet werden.

200 Schulen bewerben sich für das Pilotprojekt zum Jugendbegleiter.

Die Schulen selbst fällen die den Jugendbegleiter betreffenden Entscheidungen.

Wichtig ist die Verbesserung der Chancengerechtigkeit; die derzeitige enge Koppelung des Schulerfolges an den sozialen Status des Elternhauses ist nicht hinnehmbar. Schule und Kultusverwaltung müssen sich intensiver um bildungsferne Elternhäuser kümmern. Die Entkoppelung kann gelingen durch individuelle Förderung im Vorschulalter und eine enge Kooperation von Kindergarten und Grundschule.

Der Mensch beginnt nicht erst beim Abitur. Die Beruflichen Schulen wurden bei der PISA-Studie nicht berücksichtigt, dabei werden in Baden-Württemberg 50 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen durch diese vergeben.

Zur Qualitätssicherung wurde mit der Einführung der Evaluation von Schule begonnen, in freiem Ermessen der Schulen vorerst, doch ab dem übernächsten Schuljahr wird die Selbstevaluation verbindlich eingeführt werden. Alle Beteiligten werden lernen müssen, aus den Ergebnissen der Selbstevaluation die nötigen Schlüsse zur Verbesserung von Schule zu ziehen. In einer zweiten Stufe wird die Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung kommen; doch wird es in Baden-Württemberg sicher kein Schul-Ranking geben - hierfür sind die Schulen des Landes zu unterschiedlich. Ein sehr positiver Effekt der Evaluation ist die verstärkte Kommunikation der Schulen untereinander. Wichtig ist, gute Lösungen öffentlich zu machen. Ende 10:30

Die Vorsitzende des AKGEB-BW, Frau Doris Barzen, dankt dem Minister für seine Ausführungen und eröffnet die DISKUSSIONSRUNDE mit den Vertretern der Landtagsfraktionen:

## **Einstiegserklärungen zur Diskussionsrunde:**

**Dr. Ulrich Noll - FDP/DVP (UN)** freut sich über die breiter werdende Debatte zur Bildungspolitik: diese erweise sich realiter als Familienpolitik. Es werde zunehmend gesehen, dass nicht gilt *Bildung gleich Gymnasium*, sondern, nicht zuletzt infolge der Erkenntnisse der neueren Neurobiologie, der Kindergarten auch als Bildungsstätte wahrgenommen.

Es gilt 'kein Abschluss ohne Anschluss'. So wurde durch eine Gesetzesnovelle den Handwerksmeistern der Zugang zur Hochschule eröffnet.

UN begrüßt die Elternmitarbeit sehr.

**Norbert Zeller - SPD (NZ)** sieht, dass Eltern die bestmögliche Bildung für ihr Kind wollen. Lernen umfasst auch die 'Demokratiefähigkeit'. Wichtig sind die ersten sechs bis acht Lebensjahre, doch unser Bildungssystem ignoriert dies bislang nahezu. So sind die am Kindergarten beschäftigten Kräfte die am wenigsten pädagogisch ausgebildeten. Hierzu fordert Prof. Dr. Spitzer (s.o.), die besten pädagogischen Kräfte müssen diejenigen der Kindergärten sein; real allerdings sind nämliche bei uns in der Sekundarstufe II zu finden. Eine FachHochschulausbildung muss zum Standard der Ausbildung der Kindergarten-Kräfte werden.

Die gemeinsame Lernzeit in heterogenen Lerngruppen muss auf mindestens sechs Jahre verlängert, die GTS ausgebaut, die individuelle Förderung intensiviert werden. Ein neues Verständnis von Lernen ist nötig. Die gängige 'Entsorgung' von Schülern nach unten ist zu ersetzen durch Förderung jedes einzelnen Schülers.

**Winfried Kretschmann - Bündnis 90 / Die Grünen (WK)** sieht die Notwendigkeit des Abgehens von der herrschenden Kultur des Sortierens, hin zu einer individuellen Förderung; hier kann das Beispiel Schweden dienlich sein. Mit dem Konzept des 'Schulreifen Kindes' sollte man nicht erneut auf das Sortieren setzen. Neun Jahre sollten die Kinder gemeinsam lernen, letztlich in einer GTS, doch in einer gut vorbereiteten, nicht wie die quasi durch die Hintertür eingeführte GTS in Form des G8. Dabei sind zuerst die Pädagogen einzustellen und nicht die Jugendbegleiter, wie derzeit praktiziert. Das Ehrenamt wird hier überfordert.

In der später auch dem Publikum geöffneten **Podiumsdiskussion** werden einige **Themenbereiche** angesprochen:

### **Lernfreude erhalten - Die Öffnung der Schule**

**HR** Wichtig ist die Flexibilisierung der Eingangsstufe. Die Grundschulen haben heute oft sehr überzeugende Konzepte, welche die Freude am Lernen erhalten.

Eine Folge der freieren Schule ist, dass die 'Schulduzuweisung an die Lehrer' nicht mehr erfolgen kann.

**UN** setzt auf Freiheit und Verantwortung vor Ort. So sind zBsp Familienklassen vor Ort immer möglich, hier bedarf es u.U. einer Elterninitiative.

Personen sind wichtig. Probleme müssen angesprochen werden, Schule muss sich öffnen; Schule darf nicht als Pflichtaufgabe gesehen werden, die Eltern nicht als 'störend' empfunden. Durch die Elternarbeit wurde diese Situation in der letzten Zeit bereits

deutlich verbessert.

Schulen brauchen eine größere Entscheidungsfreiheit; es muss mehr vor Ort entschieden werden, es darf nicht auf Landesebene beschlossen werden, was dann die Kommunen umsetzen müssen. In letzter Zeit ist eine deutlich gestiegene Bereitschaft beider Seiten zu gemeinsamen Lösungen zu verzeichnen.

**NZ** Angst vor der Schule behindert das Lernen. Da die Freude am Lernen die Grundvoraussetzung für Lernerfolg ist, darf es keine 'Rotstift-Mentalität' geben, Fehler müssen erlaubt sein.

Systembedingt wirkt die Auslese bereits in die 2. und 3. Klasse: typischer Schulhofjargon ist 'Bist Du Gymnasiast, Realschüler, oder *nur* Hauptschüler?'. Auslese darf keine Rolle mehr spielen. Die Grundschule muss aufzeigen, wie gemeinsam gelernt werden kann.

**WK** sieht den Spagat des Gymnasial-Lehrers in dem Dilemma, dass er einerseits auf das Lebenschancen bietende Abitur hinarbeiten muss, andererseits aber die Lern- und Lehrkultur schülerbezogen sein soll. Wir brauchen eine andere Leistungskultur durch Abschaffung der Noten-/Prüfungsverordnung. Es soll nicht mehr sortiert und Chancen zugewiesen, sondern Hilfestellung gegeben werden, selbst den Lern- und Lebensweg zu finden.

Lehrer müssen etwas zu verantworten, nicht nur Vorgaben des KuMi auszuführen haben. Wenn einmal die Lehrer über Bildung reden werden anstatt der Politiker, dann wird das Umdenken vollzogen sein.

Die Schulen benötigen eine viel größere Autonomie / Entscheidungsfreiheit.

## **Die neuen Bildungspläne - Vergleichsarbeiten - Evaluation**

**UN** Die Bildungspläne sind gut, doch die Umsetzung ist zu beobachten, insbesondere der ständige Verweis auf gut funktionierende Modelle zu kommunizieren. Hier findet sich auch eine große und wesentliche Aufgabe für die Eltern.

Sie müssen rückmelden, nicht kontrollieren, sondern hinweisen, sich einmischen. Alle gemeinsam müssen versuchen, das System im Interesse der Kinder zu verbessern.

Der Lehrer hat vielleicht 20 Jahre unterrichtet und dadurch eventuell Probleme bei der Umstellung; wir müssen ihm und uns Zeit lassen und gemeinsam daran arbeiten.

**NZ** Viele Schulen sind im Prozess der Umstellung auf die neuen Bildungspläne allein gelassen worden.

Eine wichtige Frage ist: wie wird Leistung gemessen? Die Vergleichsarbeiten in der 6. Klasse sollen das in den beiden davor liegenden Jahren Gelernte abfragen, sind also in erster Linie eine Rückmeldung über den Lehrer - deshalb ist eine Benotung der Vergleichsarbeiten falsch und schafft unnötigen Stress. Besser ist ein anderer Weg: die individuelle Förderung.

**WK** Bildungsabschlüsse weisen Lebenschancen zu. Der bereits mit der Grundschul-Empfehlung entstehende Stress muss abgeschafft werden. Ein richtiger Schritt sind die neuen Bildungspläne, doch ist die Grundschul-Empfehlung der eigentliche Lehrplan, später dann das Abitur. Das Prüfungswesen muss verändert werden, sonst sind die Bildungspläne sinnlos. Eine Prüfung darf nicht mehr als 'Leistungsmessung' verstanden werden, sondern als Grundlage und Instrument für das eigene Vorankommen des Lernenden.

**HR** Lehrer stellen die Prüfungsaufgaben, es liegt also an ihnen selbst, den Bildungsplänen Rechnung zu tragen. Vergleichsarbeiten prüfen nicht Stoff, sondern Verständnis. Die Schulen haben große Vorbehalte gegen die Evaluation, da diese neu ist. Auch die Kultusverwaltung muss lernen, mit den Rückmeldungen umzugehen.

## Das Schulsystem

**HR** es stehen viele Bildungswege offen, 50 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen stammen von den Beruflichen Schulen.

Das Handwerk akzeptiert die niedrigeren Schulabschlüsse deshalb nicht mehr, weil die einfachen Arbeiten wegrationalisiert wurden. Eine intensive Kooperation zwischen Schule und Handwerk kann hier hoffentlich Besserung schaffen.

**UNs** eigene Tochter erhielt zum eingestandenem Leidwesen des Vaters *nur* die Realschul-Empfehlung, wechselte dann auf eine berufliche Schule und übt heute glücklich ihren Beruf aus. Liegt es denn nicht oft an uns, dass die Kinder einen hohen Druck verspüren in der Schule?

**NZ** Da die Eltern die bestmögliche Ausbildung für ihr Kind wollen, kommt es zu der Denkweise 'nur Haupschule, nur Sonderschule'. Eben deshalb ist die Gliederung der Sekundarstufe abzuschaffen. Zur von der SPD geforderten sechsjährigen Grundschule passen die 'Familienklassen', in denen jeweils die Klassenstufen eins, zwei, drei beziehungsweise vier, fünf, sechs zusammen lernen. Hierzu gibt es beispielsweise an Privatschulen gute Erfahrungen.

Die sechsjährige Grundschule wird nicht mehr kosten sondern eher etwas weniger als die derzeitige, für das Land zumindest. Für die Kommunen wird eine Umstellung innerhalb von fünf Jahren ohne große Probleme machbar sein. Dies wird zu einer Stärkung kleiner, wohnortnaher Schulen führen.

Jahrelang wurde die Klassenstärke der beruflichen Gymnasien gedeckelt, erst spät erfolgte eine Förderung derselben.

Obwohl sehr erfolgreich auf dem ersten Arbeitsmarkt, wurden die Mittel für die Berufsbildungswerke reduziert.

Der Nachhilfemarkt in Deutschland ist Milliarden von Euro groß. In Finnland sagt man: ist Nachhilfe nötig, ist dies als Versagen der Schule zu interpretieren.

Die soziale Kopplung des Schulerfolges hat sich von PISA 2000 auf PISA 2003 gar noch verstärkt!

Die Aussonderung von Schülern 'nach unten' muss abgeschafft werden.

**WK** Die Berufswahl hat viel mit dem Ansehen des gewählten Berufes in der Gesellschaft zu tun. In Finnland erhalten Lehrer ein Drittel weniger Gehalt als in Deutschland, genießen jedoch das höchste Ansehen als Berufsstand.

Die Grünen wollten seit jeher den Beamtenstatus für Lehrer abschaffen.

(**HR** entgegnet, dann wären die Lehrer Angestellte und damit noch besser abgesichert - eine grundsätzliche Reform des Dienstrechtes sei nötig.)

Das Handwerk hält viele Schüler für nicht ausbildungsfähig - dies ist ein skandalöses Urteil über unser Bildungssystem, und dieses muss demnach verändert werden.

Jahrgangsgemischte Klassen gibt es bislang lediglich an sieben Prozent der Grundschulen.

## **Frühkindliche Bildung - Kindergarten**

**NZ** Die Kindergärtnerinnen müssen besser qualifiziert werden.

**HR** Über alle Schularten gemittelt beträgt der Anteil von Migrantenkindern in Baden-Württemberg 31.5 Prozent, in Bayern 20 Prozent, in Sachsen sechs Prozent, in Finnland 1.5 Prozent. Sprache ist ein sehr wesentliches Element der Bildung, weshalb die Regierung großen Wert auf vorschulische Bildung und Sprachförderung legt. Sehr wichtig auch ist die gezielte Einbeziehung der Migranten-Eltern.

## **Das achtjährige Gymnasium (G8)**

**HR** kündigt an, die Stundenkontingente nochmals zu überprüfen. Anlass hierzu war ein von Elternvertretern in Göppingen organisiertes Treffen. Wegen der bereits angesprochenen 34 anstatt 30 anzurechnenden Stunden der Oberstufe werden in der Sekundarstufe I nicht 206 sondern 198 Stunden zu leisten sein. Viel Potential stecke in der Entwicklung der Schulcurricula.

Die Elemente des G8 sind jeder Schule bekannt: Bildungsplan, Poolstunden, Kontingentstundentafel, Verpflegung in Zusammenarbeit mit dem Schulträger etc.

Eine vor wenigen Wochen durchgeführte Umfrage des Institutes Infas belegt, dass über alle Schularten hinweg 58 Prozent der Eltern ihre Kinder als 'gestresst' einschätzen; demnach belastet die Jugendkultur die Kinder und Jugendlichen generell, G8 ist ein Ventil. Darüber hinaus sprechen die dieses Schuljahr nochmals auf neue Rekordhöhe gestiegenen Anmeldezahlen auf die Gymnasien für sich. Auch wurden nicht mehr Kinder auf die alternative Realschule angemeldet.

**NZ** Die Berichte zum G8 sind keine Einzelfälle; dies sieht auch das Kultusministerium und will Nachbessern.

Die Einführung der zweiten Fremdsprache kommt einer Abschaffung der Orientierungsstufe gleich.

**WK** sieht im G8 die Einführung der GTS durch die Hintertüre, ein Umstand, welcher von der früheren Kultusministerin Frau Dr. Schavan stets bestritten wurde. Heute gibt es an vielen Gymnasien drei Nachmittage Unterricht für die Klassen des G8.

Die Vergleichsarbeiten dürfen nicht benotet werden, Stunden aus den Eingangsklassen fünf und sechs des Gymnasiums müssen in höhere Klassen verschoben werden, die Schulen müssen die Freiheit erhalten, mit der zweiten Fremdsprache erst in der 6. Klasse zu beginnen, in der GTS muss es eine professionelle Hausaufgabenbetreuung geben.

**UN** Dass das G8 eine GTS ist, bedeutet eben auch, dass hier ohne lange Debatten etwas für die Familien getan wurde.

## **Lehrerbildung und -fortbildung**

**NZ** Fortbildung der Lehrer muss an erster Stelle stehen.

Es muss ein eigenes Grundschullehramt geben.

Prägend und entscheidend für den Beruf des Lehrers ist das Ende seiner Ausbildung, der Einstieg in die Schule. Deshalb müsste für die fünf Jahre nach dem Berufseinstieg der Besuch von Fortbildungen zur Pflicht erhoben werden.

**HR** Die Lehrerfortbildung orientiert sich an modernen Konzepten, auch Multiplikatoren,

d.h. nicht jeder Lehrer muss nach außen auf eine Fortbildung. Auch wird viel Wert gelegt auf lokale und regionale Fortbildungsangebote. 70 Prozent der Fortbildung findet in der unterrichtsfreien Zeit statt - und dies gilt für alle Schularten; alle Veranstaltungen in der Ferienzeit sind ausgebucht. Die Kultusverwaltung gibt vor, jeder Lehrer möge sich innerhalb von fünf Jahren wenigstens ein Mal an einer Fortbildung beteiligen, doch ist dies keine Pflicht.

**WK** Lehrerfortbildung rein in der unterrichts-freien Zeit ist nicht machbar wegen der hohen Kosten für die dann nur temporär ausgelasteten Einrichtungen.

**UN** Die Zeiten für die Erst-Ausbildung müssen bei uns entsprechend den Bedingungen in Europa kürzer werden. Infolge der ubiquitären und allzeitigen Verfügbarkeit von Wissen über das Internet zBsp ist dies auch leistbar.

Der Weg in die Eigenverantwortung ist von uns allen zu beschreiten, wir dürfen nicht ständig der Kultusverwaltung die Schuld zuweisen.

## **Finanzen**

**HR** Es wird kein Schulgeld erhoben, Baden-Württemberg ist eines von drei Bundesländern mit in der Verfassung festgeschriebener Lernmittelfreiheit.

Es werden im Gefolge der sinkenden Schülerzahlen keine Lehrerstellen gestrichen werden laut einem Regierungsbeschluss.

**NZ** Die 40 Mio € für die Jugendbegleiter werden durch Umschichtung der Gelder für 800 Lehrer finanziert; dies ist falsch und entspricht einer Streichung von Lehrerstellen. Umschichtungen *zu Gunsten* der Bildung sind nötig.

Die SPD will eine 1/3-Finanzierung für die Schul-Sozialarbeit. Früher gab es nur eine Anschub-Finanzierung; die Kommunen mussten die Kosten übernehmen, worüber diese sehr unzufrieden sind.

In Baden-Württemberg gibt es jährlich 2.8 Mio Stunden Unterrichtsausfall, hauptsächlich an beruflichen Schulen. Eigentlich wären 1000 Lehrerstellen nötig gegen den strukturellen Ausfall.

**WK** Die Schul-Sozialarbeit wird vom Land den Kommunen zugewiesen.

Bildung ist die Kernaufgabe des Landes. Es gab zwei Haushalte in Folge mit jeweils etwa zwei Milliarden Euro Schuldenaufnahme, überall wurde gestrichen, nur nicht bei der Bildung.

## **Sonstiges**

**HR** Mehr männliche Grundschul-Lehrer wären zu begrüßen; dass dem nicht so ist, ist nicht von der Kultusverwaltung so gewollt.

**NZ** Ein Anteil von 50 Prozent fremdsprachiger Kinder sollte nicht als Belastung gesehen werden, sondern als Chance. Hier ist eine besondere Förderung nötig, und diese gelingt am besten in der GTS.

**UN** (auf die Frage, weshalb die Fraktionen einen Brief der Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Eltern aller Regierungsbezirke nicht beantwortet haben) Alle Fraktionen haben derzeit viele 'Wahlprüfsteine' vorliegen, eine Antwort wird jedoch sicher noch

folgen.

## **Anregungen aus dem Publikum**

Weshalb erhalten die Lehrer an Grundschulen, Hauptschulen, Kindergärten ein geringeres Gehalt als Gymnasiallehrer, wo doch, wie wir hörten, die frühen Lernphasen die wichtigen sind?

Weshalb wird nicht von allen Gymnasien ein Plan zur Umsetzung des G8 verlangt, inclusive der Lösungen von Raumfragen, ein Kriterienkatalog, dessen Abarbeitung schließt mit einem 'in Ordnung, G8 läuft bei uns'?

Kinder ohne wohlhabendes oder akademisch gebildetes Elternhaus haben langfristig keine Chance im G8.

Jahrgangsgemischte Klassen haben sich als erfolgreich erwiesen, weshalb wird dieses Modell nicht auf andere Klassenstufen ausgeweitet?

In Finnland gibt es an jeder Schule Sonderpädagogen.

Stefan Flaig dankt den Teilnehmern der Diskussionsrunde, die Stellvertretende Vorsitzende des AKGEB-BW, Frau Waltraud Berndt-Mohr, überreicht Geschenke, das Publikum applaudiert.

Ende um 12:55